

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 4

Artikel: Der Konflikt zwischen Moskau und Peking
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337803>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Konflikt zwischen Moskau und Peking

Zum 23. Parteitag der KPdSU

Der Konflikt zwischen den beiden Weltreichen Rußland und China ist ein welterschütterndes Ereignis in zweifacher Hinsicht. Wie jeder Krieg bedroht er den Weltfrieden und geht mit großen Umwälzungen schwanger. Da diese Auseinandersetzung wirtschaftlich, politisch, diplomatisch und militärisch von beiden Seiten im Namen des «Kommunismus» geführt wird, bedeutet er das Ende des Mythos der einheitlichen Kommunistischen Internationale, die bis jetzt mit ihrer Weltrevolutionsdrohung unter sowjetischer Hegemonie das 20. Jahrhundert beherrscht hat.

Die Rivalität zwischen Moskau und Peking geht auf beiden Seiten um gewöhnliche imperialistische Interessen und Appetite, wie wir sie aus der jahrtausendealten Menschheitsgeschichte seit eh und je kennen: Grenzprobleme, Einflußsphären, Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Machtinteressen.

Kommunismus und Imperialismus

Der Aberglaube und die Grundthese des «Marxismus-Leninismus», unter der «Diktatur des Proletariats», im sogenannten «Sozialismus» oder «Kommunismus» werde es derartige Probleme nicht mehr geben, sie würden sich von selbst auflösen und durch die völkerverbindende, harmonische kommunistische Solidarität abgelöst werden, zerbricht an der rauhen Wirklichkeit des russisch-chinesischen Konfliktes, der von einem nicht minder heftigen jugoslawisch-albanischen Konflikt begleitet ist und den Zerfall der kommunistischen «Völkergemeinschaft» mit sich bringt.

Der Kommunismus widerlegt und erledigt sich somit von selbst als «völkererlösende Friedenskraft» und verliert seinen wichtigsten Anziehungspunkt, mit dem er seit 1917 operierte: die Friedenshoffnung, die Beseitigung der Kriegsgefahr.

Gewiß predigte der bolschewistische Kommunismus stets den Bürgerkrieg gegen den Kapitalismus. Mit dem Sturz des Kapitalismus sollte aber automatisch Frieden werden, denn der Kommunismus kannte – laut leninistischer Theorie – nicht die Widersprüche und Konfliktstoffe des Kapitalismus.

Nun tritt der Kommunismus in seinen wichtigsten Stützpunkten, nämlich in Moskau und Peking, offen und eindeutig in die Fußstapfen des alten Imperialismus, übernimmt dessen Widersprüche und Gegensätze und steigert sie zu einer neuen Weltkriegsgefahr.

Die «marxistisch-leninistische» Phraseologie erweist sich somit auf beiden Seiten als bloße ideologische Verkleidung bürokratischer Profitinteressen und imperialistischer Machtpläne, ungefähr wie die Imperialisten und Militaristen alter Prägung ihre dynastischen Kriege gegeneinander im Namen der «Gerechtigkeit» und sogar im Namen der «Demokratie» führten.

Stalins «Sozialismus in einem Lande»

Solange die Kommunistische Partei nur in einem Land an der Macht war, konnte dieser Widerspruch nicht jedermann offenbar werden. Die sowjetische Partei- und Staatsspitze dirigierte zugleich auch die Kommunistische Internationale, die sich den Interessen des Sowjetstaates bedingungslos unterzuordnen und zu opfern hatte.

Schon zu Lenins und Stalins Zeiten wurden die Interessen der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern grundsätzlich den Schachzügen und Bedürfnissen der sowjetischen Außenpolitik eingeordnet. Die Parole hieß: «Sozialismus in einem Lande.»

Neben der Sowjetunion gab es als kommunistischen Staat nur die Äußere Mongolei, eine Art Kolonie der russischen Sowjetbürokratie, die erste sogenannte «Volksdemokratie».

Alle anderen Versuche kommunistischer Parteien, außerhalb der Sowjetunion selbständig oder eventuell mit Unterstützung der «russischen Genossen» zur Macht zu kommen, wurden von Moskau regelmäßig torpediert. Das galt insbesondere für die relativ starke KPD, die 1933 von Stalin widerstandslos geopfert wurde, ebenso für die Haltung Stalins zum Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939. Die russische Bürokratie betrachtete die Siege Hitlers und Francos als «kleinere Übel» im Vergleich zu einem selbständigen Nationalkommunismus in diesen Ländern oder anderen Formen eines «eigenen, nationalen Weges zum Sozialismus».

Im Falle Jugoslawien führte diese Haltung während des Zweiten Weltkrieges und nachher zum Konflikt Stalin–Tito.

Die Angst vor China

Am krassesten zeigte sich die egoistische Haltung der Sowjets gegenüber China. Stalin war nicht imstande, in die chinesische Revolution 1927 direkt einzugreifen, wie zum Beispiel in Spanien oder Deutschland, er verweigerte aber jede aktive Hilfe und arbeitete jahrelang mit Tschiang Kai-schek gegen die Kommunistische Partei Chinas. Mao Tse-tung organisierte die kommunistischen Partisanengebiete im Innern Chinas vollkommen unabhängig von Moskau. Erst als Folge der von Amerika herbeigeführten Niederlage Japans

konnte Mao nach dem Zweiten Weltkrieg auf Schanghai und Peking marschieren und die Macht ergreifen.

Diese Unabhängigkeit von Moskau mußte sich früher oder später auswirken und ist die eigentliche Grundlage des gegenwärtigen Konfliktes zwischen den beiden kommunistischen Weltreichen. Mao beruft sich heute im Wesen nur mit demagogischen Motiven auf Stalin gegen Chruschtschew. In Wirklichkeit legte Stalins Außenpolitik gegenüber China schon in den zwanziger und dreißiger Jahren die Basis für das gegenwärtige Verhalten Chruschtschews.

Stalin fürchtete jede selbständige kommunistische Bewegung und insbesondere die chinesischen Kommunisten als gefährliche Rivalen. Mao Tse-tung kam gegen den Willen der Sowjetregierung zur Macht. Diese Rivalität mußte früher oder später zum offenen Konflikt auf staatlicher Ebene führen.

Stalins Außenpolitik

Stalins Außenpolitik bestand bis 1939 in der bewußten Selbstbeschränkung auf die Sowjetunion; die verschiedenen Sektionen der von Moskau geleiteten Kommunistischen Internationale wurden für die Bedürfnisse der Sowjetbürokratie eingespannt. Auf jeden Fall mußte die Entstehung eines zweiten «sozialistischen Staates» vermieden, nötigenfalls torpediert oder mit Gewalt verhindert werden. Rußland sollte das Monopol des «einzigsten sozialistischen Staates der Welt» behalten, wodurch die «Solidarität der Arbeiter aller Länder» skrupellos und ausschließlich in den Dienst der russischen Bürokratie gestellt werden konnte.

Oppositionelle Strömungen, die irgendwelche Sonderinteressen der kommunistischen Bewegung in einzelnen Ländern geltend machten oder auch nur die Priorität für den «Klassenkampf» in ihrem Land verlangten, wurden von der stalinistischen Bürokratie rücksichtslos als «Agenten des Klassenfeindes», «Trotzkisten» usw. ausgeschlossen und mit oder ohne Schauprozeß physisch liquidiert.

Der Zweite Weltkrieg setzte der Monopolstellung der Sowjets ein Ende und führte zur Entstehung nationalkommunistischer Staaten – insbesondere Jugoslawien und China –, die ebenso wie die Sowjetunion ihre bürokratischen Sonderinteressen wahrnehmen.

Nationalkommunistische Rivalitäten

Die Existenz mehrerer miteinander rivalisierender kommunistischer Staaten ist eine der wichtigsten Erscheinungen seit 1948, seit der erfolgreichen Rebellion Titos gegen Stalin. Man weiß, daß wirtschaftliche Interessengegen-

sätze die eigentliche Ursache des Bruches zwischen Moskau und Belgrad waren. Seither haben sich die wirtschaftlich-politischen Differenzen zwischen kommunistischen Staaten und Staatengruppen vervielfacht und gelegentlich bis zur Kriegsgefahr gesteigert, so insbesondere im Fernen Osten zwischen Rußland und China und in Europa zwischen Jugoslawien und Albanien. Selbst im eigentlichen Sowjetblock kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Rumänien und seinen gleichfalls kommunistisch regierten Nachbarn.

Die revolutionäre Welle der Volksbewegungen überschattete in den fünfziger Jahren eine Zeitlang die nationalen und imperialen Widersprüche und Gegensätze zwischen den einzelnen kommunistischen Staaten. Sie standen alle vor einer gemeinsamen tödlichen Gefahr. So kam es angesichts der ungarischen Revolution zu einer ausgesprochenen Annäherung zwischen Moskau und Belgrad. Andererseits drängte Peking mit Erfolg Moskau zu scharfer Repression in Budapest und in den anderen Volksdemokratien. Mit Recht fühlte sich Mao Tse-tung trotz der weiten geographischen Entfernung durch die osteuropäischen Aufstände direkt bedroht.

Nach der Niederschlagung der Revolten und mit der Stabilisierung des bürokratischen Regimes durch Chruschtschew konnten es sich die einzelnen KP-Staaten wieder leisten, ihre Rivalitäten offener auszutragen.

Die Soziologen westlicher oder östlicher Schule hatten diese Entwicklung nicht vorhergesehen. Die einen sahen im kommunistischen Staatensystem nur einen monolythischen, weltbedrohenden Block. Die anderen glaubten an das unvermeidliche Verschwinden der nationalen oder imperialen Gegensätze im «sozialistischen» System und hielten eine Reproduktion «imperialistischer» Widersprüche in der neuen Gesellschaftsordnung für ausgeschlossen.

Für marxistische Geschichtsbetrachtung wäre der wirtschaftliche, politische und militärische Konkurrenzkampf der KP-Staaten untereinander ein weites und lehrreiches Feld; bis jetzt ist es fast unbestellt. Voraussetzung für eine wissenschaftliche und nutzbringende Betrachtung wäre auf diesem wie auf allen anderen Gebieten menschlicher Tätigkeit, vom tatsächlichen Sein auszugehen und nicht vom ideologischen Überbau, das heißt von den materiellen Interessen der Beteiligten und nicht von ihren religionsphilosophischen Behauptungen. Es besteht ein weiter Abstand und krasser Widerspruch zwischen den sehr konkreten Interessengegensätzen zwischen KP-Staaten (Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Einflußsphären, Grenzkonflikte, Machtkämpfe usw.) und den vorsätzlichen oder nachträglichen «marxistisch-leninistischen» Erläuterungen, Beteuerungen, Haarspaltereien und rituellen Formeln der Rivalen. Der Abstand ist ungefähr so groß wie zwischen der Wirklichkeit der «volksdemokratischen» Klassengesellschaft und der offiziellen Fassade einer angeblich «klassenlosen» Gesellschaft. Solange man den äußeren Farbanstrich

ernst nimmt, wird man im dunkeln tappen und dem weltweiten Konkurrenzkampf kommunistischer Nationalstaaten oder Staatenblocks ebenso verständnislos gegenüberstehen wie dem Klassenkampf innerhalb einzelner «Volksdemokratien».

Der Bruch zwischen den einzelnen kommunistischen Staaten, ihr schamloser Konkurrenzkampf mit allen herkömmlichen Mitteln und Mittelchen des «Imperialismus» und zum Teil sogar ganz offen im Bund mit «kapitalistischen» Staaten kann zur Entmystifizierung wesentlich beitragen und einen der interessantesten Vorgänge unserer Zeit erhellen.

Die dogmatischen Behauptungen, Entstellungen, Verdrehungen und gegenseitigen Verleumdungen der jeweiligen politischen Machthaber und Agitprop-Ämter in Moskau, Peking, Belgrad, Tirana usw. sind gewiß nicht bedeutungslos, aber mit größter Vorsicht zu genießen und jedenfalls zweitrangig. In Europa müssen wir jedenfalls beachten, daß wir im Kalten Krieg zwischen Moskau und Peking weit mehr von sowjetischer Propaganda «bearbeitet» werden als von chinesischer. In Asien dürfte es umgekehrt sein. So erklärt sich zum Beispiel, daß einflußreiche japanische Sozialisten mehr «Verständnis» für Maos als für Chruschtschews «Thesen» haben. Die imperialen Gegensätze zwischen Rußland und China sind auch nach Chruschtschews Sturz so brutal, daß wir gut daran tun, die mehr oder weniger plumpen oder raffinierten Propagandamanöver von beiden Seiten mit Umsicht zur Kenntnis zu nehmen.

Moskau zwischen Peking und Washington

Die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts sind gekennzeichnet durch den Aufstieg einer neuen Weltmacht – China – und der daraus entstehenden Rivalität a) zwischen China und Amerika, b) zwischen China und Rußland; die Rivalität zwischen China und den beiden bisher herrschenden Weltmächten USA und UdSSR schaffen eine völlig neue Weltlage, ein neues Weltbild.

Die wichtigsten Spannungsfelder befinden sich nicht mehr – wie in den fünfziger Jahren – zwischen den USA und der UdSSR, sondern in zunehmendem Maße zwischen China und den beiden «weißen» Großmächten und USA und UdSSR. Natürlich gibt es weiterhin Differenzen zwischen den beiden «weißen» Atommächten, aber sie scheinen immer mehr sekundär zu sein im Vergleich zum Gegensatz gegenüber China.

Der Gegensatz China–Rußland und der Gegensatz China–Amerika sind «imperialistisch», das heißt, es geht um Einflußsphären, Absatzmärkte und Rohstoffquellen. Konfliktzonen zwischen Rußland und China sind zunächst die Äußere Mongolei, darüber hinaus der Ferne Osten, ganz Asien und Afrika, schließlich Lateinamerika und Europa. Zwischen China und Amerika befindet sich der Konfliktherd zunächst in Südostasien und erstreckt sich darüber hinaus gleichfalls auf ganz Asien, Lateinamerika und letzten Endes nach Europa.

Amerika und Rußland waren unter Kennedy und Chruschtschew geneigt, ihre weiterhin fortdauernden Gegensätze in einer ersten Phase zurückzustellen und ihre Kräfte gegen die gemeinsame «gelbe Gefahr» zu einigen, zunächst indirekt und uneingestanden, zum Teil aber auch schon direkt durch zunehmende Verständigung in Europa und Lateinamerika. Es scheint bis jetzt, daß diese Linie unter den Nachfolgern im Weißen Haus und im Kreml im großen und ganzen fortgesetzt wird.

Vom amerikanischen Standpunkt stellt sich die Situation ungefähr folgendermaßen dar: Das aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg hervorgegangene Kräfteverhältnis wird zurzeit nicht mehr in erster Linie von Rußland bedroht, das wohl die Weltmacht Nummer 2 ist, aber durch seine Schwierigkeiten in Europa an politischer Stoßkraft verloren hat und in einem «atomaren Gleichgewicht» aus Selbsterhaltungstrieb einen Weltkrieg gegen die USA ablehnt und infolgedessen verständigungsbereit ist. Die entscheidenden Teile der USA glauben an die Möglichkeit einer Teilung der Einflußzonen gemeinsam mit der gegenwärtigen Sowjetregierung. Sie sehen die Hauptgefahr im Aufstieg einer neuen, dritten Weltmacht, die sich noch in dynamischem Wachstum befindet und die Herrschaft zumindest über Asien und über den Pazifik anstrebt, also nicht nur eine beträchtliche Einflußzone der USA, sondern auch deren Westküsten latent bedroht. Daher der erbitterte Widerstand gegen eine Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen, daher der Versuch einer politischen und militärischen Einkreisung von Südostasien und dem Pazifik her, die Entfesselung von Kleinkriegen (Vorpostengefechten) zuerst in Korea und dann in Vietnam, gestützt auf Pakte wie die SEATO und NATO. Vor einem Generalangriff auf China schreckte man bis jetzt zurück aus Angst vor einem massiven Eingreifen Rußlands an der Seite Chinas, das heißt aus Angst vor einem atomaren Weltkrieg, der in erster Linie auch zur Vernichtung der Vereinigten Staaten führen könnte. Hinzu kommt jetzt, daß China selbst Atombomben besitzt.

Vom russischen Standpunkt sieht die Situation ungefähr so aus: Die Hoffnung, die Vereinigten Staaten durch einen direkten Angriffskrieg oder auch nur durch den Kalten Krieg zu schlagen, hat sich nicht erfüllt. Wohl erwarb die Sowjetunion in den fünfziger Jahren eine atomare Streitkraft, zugleich entwickelten und entwickeln sich aber in ihrem eigenen Lager in Osteuropa und auch in Rußland selbst zersetzende Kräfte, liberale, demokratische und revolutionäre Bestrebungen, welche die Moskauer Zentralmacht schwächen und hemmen.

Die ernsteste Bedrohung der russischen Macht kommt aber nicht von Europa, sondern von China. Der Aufstieg Chinas überschattete in den letzten Jahren immer mehr auch die Rivalität mit Amerika.

Der russisch-chinesische Gegensatz ist in seinem Wesen imperial. Da er aber sehr stark auf «ideologischer» Ebene ausgetragen wird, schlägt er der Sowjetregierung das wichtigste Propagandainstrument aus der Hand, mit welchem sie seit fast fünfzig Jahren auf der ganzen Welt ihre Außenpolitik stützte und «nährte»: die einheitliche und zentral gelenkte Kommunistische Internationale mit ihrem Mythos.

OTTO SCHMIDT

Profile der Weltpolitik

«Der Ruhm wird nur jenen zuteil, die immer davon geträumt haben», dieser Satz ist typisch de Gaulle, von de Gaulle, der einen Band seiner Memoiren «La Gloire» (der Ruhm) überschrieben hat. Die Frage stellt sich höchstens, ob der Ruhm de Gaulles letztes Wort ist oder ob er den letzten noch nicht geschriebenen Band «La défaite» (die Niederlage) betiteln könnte. De Gaulle gleicht einerseits einem Staatsmann des 18. oder 19. Jahrhunderts, der von irgendeinem Denkmalssockel heruntergestiegen ist, und oft kommt er einem vor wie ein politischer Prophet mit großem Weitblick. Und immer wieder stellt sich das Problem, welcher dieser beiden Züge stärker ist, der nationalistische engstirnige oder der prophetische weitblickende.

Die «friedliebende» Sowjetunion

Diese Frage stellt man sich unwillkürlich auch nach der Ankündigung des französischen Präsidenten, seine Truppen aus dem NATO-Verband herauszulösen und wieder ganz französischem Befehl zu unterstellen. Man weiß von de Gaulles Abneigung gegen alles Supranationale. Auch bei der EWG weigert er sich, eine übernationale Kommission als Entscheidungsgewalt anzuerkennen, das gleiche zeigt sich nun bei der NATO. De Gaulle beugt sich keiner ihm übergeordneten Instanz, er ist sein eigener Herr und Gott. Der nationalistische Zug mag entscheidend zu seinen Entschlüssen beitragen, daneben bringt er aber auch Argumente vor, die seiner weltpolitischen Prophetie entstammen. Es ist zweifellos richtig, daß die Lage seit 1949, seit der Gründung der NATO, sich grundlegend verändert hat. Es stehen sich nicht nur Ost und West, zwei starre Blöcke, gegenüber, und nach de Gaulle besteht keine unmittelbare Bedrohung aus dem Osten mehr. De Gaulle ist überzeugt, daß die Sowjetunion kein Interesse und keine Absicht mehr hat, gegenwärtig Westeuropa anzugreifen.

Im Gegensatz zu de Gaulle hat sein Freund Konrad Adenauer immer wieder erklärt, «die Lage sei noch nie so ernst gewesen». Aber auch der alte